

„Am Ende bleibt die Erkenntnis,
dass die Staatssicherheit die DDR
so wenig retten konnte, wie sie an
ihrem Untergang schuld war.“

Unser Autor war der jüngste General des MfS und hatte den Auftrag, das Ministerium aufzulösen.

Das Leben der Eigenen

Generalmajor a. D. Heinz Engelhardt

Persönliche Gedanken zum 70sten Jahrestag der Bildung des MfS

Exklusiv für ISOR aktuell

Am 08. Februar 1950 beschloss die Provisorische Volkskammer der DDR das „Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit“ (Veröffentlicht im Gesetzblatt Nr. 15 Seite 95).

Die DDR war gerade einmal vier Monate alt. Sie sah sich zu diesem Schritt veranlasst aus der Tatsache verstärkter Angriffe gegen die Souveränität und Sicherheit des jungen Staates.

Ab 1950 begann die USA die Wiederaufrüstung West Europas. Der Kampf gegen den Kommunismus wurde zur Staatsdoktrin der USA erhoben. Nichts aber auch gar nichts machte die USA schon damals uneigennützig. Heute heißt das „Amerika first“. Ihr und ihren Verbündeten waren alle Mittel recht, die DDR mit dem ganzen Arsenal verdeckter oder offener Aktionen zu schädigen. Von Sabotageakten in den Betrieben, Brandstiftungen und Viehvergiftungen in der Landwirtschaft, vor Morden bis zur Abwerbung von Fachkräften reichte die Palette der Angriffe, gegen die sich die DDR erwehren musste. Beim Aufbau der Strukturen des MfS standen uns sowjetische Tschekisten zur Seite. Sie waren Berater und Freunde zugleich. Die Freundschaft zum sowjetischen Bruderorgan wurde so zum festen Bestandteil unserer Tätigkeit. Sie war nicht zuletzt Garant für eine erfolgreiche Arbeit unseres Ministeriums.

Zur Gründergeneration des MfS gehörten verdienstvolle Antifaschisten. In ihrer konsequent antifaschistischen Haltung waren diese Jahrzehnte prägend für die Erziehung unserer Mitarbeiter. Wir gedenken aus Anlass dieses Jahrestages solchen Genossen wie Erich Mielke, Robert Mühlpforte, Alfred Scholz oder Erich Wichert. Sie kämpften als Interbrigadisten in Spanien oder verbüßten langjährige Zuchthausstrafen unter der faschistischen Herrschaft. Zu ihnen gehörte Markus Wolf, der mit seinen Eltern und seinem Bruder in der Emigration in der Sowjetunion lebte. Unter seiner Führung haben die Mitarbeiter der HVA und ihre Kundschafter den gegnerischen Diensten empfindliche Niederlagen zugefügt. Auch für den damals jungen 37jährigen Gehlert, Leiter der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt, war die Freundschaft zur Sowjetunion und das Kampfbündnis

mit den sowjetischen Tschekisten immer eine Herzensangelegenheit.

Minister Mielke hat uns immer wissen und spüren lassen, wer seine Lehrmeister waren und durch welche Schule er gegangen ist. Die Ansprache von Mielke im kleinen Kreis oder in Beratungen mit den Führungskadern des Ministeriums waren immer von einem prinzipiellen Klassenstandpunkt geprägt, direkt und ohne Wenn und Aber. Ich persönlich konnte diesem „revolutionären Pathos“ wenig abgewinnen. Nach 1990 haben die Medien derartige Passagen aus seinen Ausführungen genutzt, um die Arbeit des MfS prinzipiell in Abrede zu stellen, sie als verbrecherisch und menschenverachtend zu diffamieren. Es wurde uns unterstellt, dass wir uns nicht restlos von den Verbrechen, die in der Stalinära begangen wurden, distanziert haben.

Wer prägte dagegen die Entwicklung der westdeutschen Geheimdienste?

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutzes in der BRD war ein gewisser Hubert Schrubbens, NS-Oberstaatsanwalt und Angehöriger einer Polizeieinheit der SS. Präsident sollte er bis 1972 bleiben. Präsident des BND war Reinhard Gehlen, Generalleutnant. Dem MAD stand bis 1964 ein gewisser Josef Selmayr vor, ein in Jugoslawien 1948 verurteilter Kriegsverbrecher.

Die Tätigkeit des MfS erfolgte seit seiner Bildung auf der Grundlage und in Durchsetzung der Beschlüsse der SED. Wir handelten stets im Sinne der Partei und verstanden uns als ihr Schild und Schwert. Die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch leninistischen Partei wurde in der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1974 festgeschrieben. 94,5 Prozent der Wähler stimmten in einem Volksentscheid zu dieser Verfassung mit „Ja“ und lediglich 5,5 Prozent mit „Nein“

Für alle Angehörigen des MfS gäbe es niemals Zweifel, dass sie auf der Grundlage und in Durchsetzung der Beschlüsse der SED handeln. Die Aufgaben des MfS wurden im Statut vom 30.9.1969 bestimmt. So wurde das Denken und Handeln der Angehörigen des MfS dadurch ze-

mentiert, den Schutz und die Entwicklung der DDR vor äußeren und inneren Feinden zu gewährleisten und das auch unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel und Methoden.

Die politische und fachliche Qualifizierung unserer Mitarbeiter nahm in den Jahrzehnten immer einen hohen Stellenwert ein. Insgesamt 80 Prozent des Mitarbeiterbestandes verfügte über einen Hoch- oder Fachschulabschluss. Alle Leitungs- und Führungskader waren Absolventen der Juristischen Hochschule Potsdam oder Ziviler Hochschulen. An der Parteihochschule oder den Bezirksparteischulen erwarben sie sich die erforderlichen politischen Kenntnisse.

Der Personalbestand des MfS wurde seit der Bildung permanent erhöht. Das hing einerseits mit der Übertragung neuer Verantwortungen durch veränderte Lagebedingungen, aber auch mit den wachsenden Anforderungen im administrativen Bereich zusammen. Heute müssen wir es als einen Fehler ansehen, dass dem MfS immer mehr Aufgaben übertragen wurden, sich abzeichnende Probleme in der Gesellschaft und die wachsende Unzufriedenheit unter Teilen der Bevölkerung mit strafrechtlichen Mitteln zu lösen. Insbesondere die zunehmende Antragstellung auf Übersiedlung nach Westdeutschland machte einen immensen personelle und materiellen Aufwand notwendig. Das erwies sich als verhängnisvoll und schadete dem Ansehen des MfS in der öffentlichen Wahrnehmung.

Besonders deshalb, weil es dem MfS über Jahrzehnte gelang, unter einem Großteil der Bevölkerung eine gesellschaftliche und politische Akzeptanz zu erzielen. Wobei Defizite in der Öffentlichkeitsarbeit nicht verschwiegen werden sollen. Erfolge unserer Arbeit wurden kaum wirksam publiziert und somit nicht der Allgemeinheit zugänglich gemacht.

Als Leiter der Kreisdienststellen Reichenbach und Karl-Marx-Stadt und als Leiter der Bezirksverwaltung Frankfurt (Oder) nahm ich anlässlich unseres Jahrestages am 8. Februar die Gratulation und die Glückwünsche aus allen gesellschaftlichen Bereichen entgegen. Dazu gehörten auch die Blockparteien CDU, NDPD, LDPD und DBD. Mir heute noch vorliegende Glückwunschschreiben und Grußadressen zeugen von dieser Wertschätzung. Dutzende Brigaden in Frankfurt (Oder) trugen den Ehrennamen „Dr. Richard Sorge“ oder „Felix Dzierzynski“. Noch im Herbst 1989 habe ich mich mit Brigademitgliedern getroffen und es wurde über die Sorgen und Ängste hinsichtlich der Entwicklung in der DDR gesprochen. Das änderte sich dann schlagartig. Wir wurden

zur Inkarnation des Bösen. Alle Entartungen des Sozialismus wurden dem MfS angelastet. Leider erfuhren wir in den Medien und in der Öffentlichkeit kaum noch Unterstützung, weder durch die Parteiführung noch die anderen Sicherheits- und Schutzorgane und auch nicht durch unsere sowjetischen Verbündeten.

Auf die durch das MfS erarbeiteten Informationen an den Generalsekretär des ZK der SED oder die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen wurde immer weniger und in den letzten Jahren kaum noch reagiert, zumindest haben wir nichts davon gemerkt. Es machte sich eine beängstigende Sprachlosigkeit breit und das ebenso in unserem Ministerium. Auch von Minister Mielke erhielten wir keine Antworten. Er konnte es offensichtlich nicht. Und gerade von ihm hatten wir das erwartet. Er war nach dem Statut des MfS die uneingeschränkte Autorität. Die Unzufriedenheit unter den Leitern und dem Mitarbeiterbestand nahm zu.

Es wurde offensichtlich versäumt, einen Generationswechsel im MfS zu vollziehen. Mielke selbst war bekanntlich bereits über 80 Jahre alt. Wir verfügten über hoch ausgebildete Mitarbeiter und Leiter, die differenziertere Sichtweisen auf die Entwicklung hatten.

Es mag hart klingen, die Gründergeneration in Partei, Gesellschaft und auch im MfS war überfordert. Ihr Weltbild brach zusammen. Sie haben nicht berücksichtigt, dass sich auch für sie neue Herausforderungen ergeben haben. Die Welt hatte sich weitergedreht und in der DDR war eine neue, selbstbewusste und gebildete Generation herangewachsen, die immer mehr Fragen stellte. Jedoch unbefriedigende oder keine Antworten erhielt. Der fehlende Dialog, auch und gerade mit „Andersdenkenden“ erwies sich als eine gravierende Fehleinschätzung der Lage.

Über Jahrzehnte verdienstvolle Genossen hielten mit dem Tempo dieser Entwicklung nicht mehr Schritt. Es passte nicht in ihr Weltbild, dass Teile unserer Bevölkerung auf die Straße gingen und uns wissen ließen, wir wollen euch nicht mehr. Menschen, die uns noch vor Monaten zugejubelt haben, so wie ich es wiederholt bei Besuchen Honeckers in Karl-Marx-Stadt erlebt habe.

Auf die Mitarbeiter des MfS, insbesondere in den Kreisdienststellen und in den Bezirksverwaltungen rollten Ereignisse zu, auf die wir konzeptionell und mental nicht vorbereitet waren. Es wird wohl ein einmaliger Akt in der Geschichte bleiben, dass Dienststellen eines Sicherheitsorgans in einem noch souveränen Staat DDR besetzt wurden, ohne dass dem seitens der Partei- und militärischen Führung konsequent Einhalt geboten wurde. Und das setzte sich bis zum 15. Januar 1990 fort, als Demonstranten in Berlin in das Hauptgebäude des MfS strömten.

Es ist den Mitarbeitern des MfS hoch anzurechnen, dass sie in dieser Zeit die Nerven behielten und sich als Humanisten erwiesen. Sie schossen nicht auf die eigene Bevölkerung, deren Teil sie und ihre Familien ja selbst waren. Durch Ihre Besonnenheit wurden auch mögliche Ausschreitungen durch Demonstranten verhindert.

Ca. 85.000 Mitarbeiter des MfS wurden entlassen, darunter 16.000 Angehörige des Wachregiments und 13.000 Mitarbeiter aus sicherstellenden Bereichen. Ihre Entlassung erfolgte in eine für sie und ihre Familien unsichere Zukunft. Es war ein unwürdiger und deprimierender Akt. Tausende und abertausende Lebensläufe wurden zerstört. Mitarbeiter des MfS gewesen zu sein, ist auch heute nach 30 Jahren noch ein Kainsmal.

Inoffizielle Mitarbeiter, die letztendlich ihren Verfassungsauftrag erfüllten, traf es noch viel härter. Auch sie verloren Existzenzen, Freunde, Bekannte und Verwandte. Kundschafter des Friedens wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Wir haben diese Menschen nicht geschützt, so wie es unsere moralische Pflicht, unser Klassenauftrag gewesen wäre. Und dafür bitten wir heute, an unserem Jahrestag, um Entschuldigung.

Jeweils am 8. Februar wurden Mitarbeiter des MfS mit Orden, Ehrenzeichen, Prämien und Beförderungen für ihre Leistungen geehrt. Unsere Erwiderung auf die Glückwünsche — „Wir dienen der Deutschen Demokratischen Republik“.

Und dazu sollten wir noch heute stehen bei aller Kritik und Selbstkritik. Durch unsere Tätigkeit haben wir wesentlich dazu beigetragen, dass eine stabile DDR 40 Jahre mit Garant für Frieden in Europa war. Durch unsere Arbeit haben wir westlichen Diensten empfindliche Schläge und Niederlagen zugefügt. Hunderte Spione westlicher Geheimdienste wurden enttarnt, Nazi- und Kriegsverbrecher erhielten ihre gerechte Strafe, Terroranschläge wurden aufgeklärt oder vereitelt. Wir haben das Leben und die Unversehrtheit unserer Menschen geschützt. Das, was heute von Vielen schmerzlich vermisst wird. Unsere Kundschafter in den Zentralen des Gegners erarbeiteten wertvolle Informationen, die für das Gleichgewicht der Kräfte bedeutsam waren.

Wir sind stets ein zuverlässiger Partner und Verbündeter der Sowjetunion und der Tschechoslowaken gewesen. Darauf können wir heute am 70sten Jahrestag des MfS stolz sein. Unser Gedanken gilt insbesondere auch den verstorbenen Angehörigen.

Künftige Generationen werden Geschichten schreiben, wie sie im historischen Kontext sauber und wissenschaftlich fundiert ist. Wir hinterlassen diesen Generationen unsere Ge-

danken, unser Wissen und unsere Erfahrungen.

Wir hinterlassen ihnen aber auch unsere Fehler, zu denen wir stehen sollten. Auf das sie es einmal besser machen.

Ich bin auch heute noch stolz darauf, 28 Jahre meinen Dienst im Ministerium für Staatsicherheit geleistet zu haben. Dafür muss ich mich nicht schämen. Dieser aufrechte Gang sollte uns immer auszeichnen.

*

Lesenswert

Heinz Engelhardt, Peter Böhm

„Der letzte Mann. Countdown fürs MfS.“

edition ost

ISBN 978-3-360-01889-2

284 Seiten, 20 Euro

*

Die AG Betreuung informiert

Neues zum Elternunterhalt in der Pflege

Wir hatten in einem Beitrag 2019 darauf hingewiesen, dass ab 1.1.2020 die Einkommensgrenzen erhöht werden, ab denen Kinder ihren Eltern im Pflegeheim Unterhalt zur Deckung der Pflegekosten zahlen müssen, wenn deren Einkommen dafür nicht ausreicht. Dieses Gesetz (Angehörigen-Entlastungsgesetz) ist ab 1.1.2020 in Kraft. Hier das Wichtigste in Kürze:

Wer weniger als 100 000 Euro brutto im Jahr verdient, muss sich nicht mehr an den Pflegekosten für seine Eltern beteiligen. Diese Grenze gilt pro Unterhaltpflichtigen, also für jedes Kind. Das Einkommen der Ehepartner unterhaltpflichtiger Kinder wird nicht mit eingerechnet. Bisher galt als Richtwert eine Einkommensgrenze von 21600 Euro netto für Alleinstehende und 38800 Euro netto pro Jahr für Familien. Die Hälfte des übersteigenden Betrags wurde unter Absetzung abzugsfähiger Beträge für den Elternunterhalt eingesetzt. Damit ist jetzt Schluss.

Bei der neuen 100 000 Euro-Grenze ist das zu versteuernde Einkommen von Sohn oder Tochter entscheidend. Also, das Brutto-Jahresgehalt plus zuzüglich eventuell weiterer Einnahmen abzüglich steuerlich absetzbarer Ausgaben, möglicher Freibeträge und Vorsorgeaufwendungen. Vorhandenes Vermögen bleibt unberücksichtigt.

In der Praxis wird das Sozialamt grundsätzlich zunächst davon ausgehen, dass das Einkommen des Kindes die 100. 000 Euro-Grenze nicht überschreitet. Erst wenn daran Zweifel bestehen, können Einkommensnachweise verlangt werden.

Wer bisher Elternunterhalt gezahlt hat, ist davon ab 1.1.2020 befreit. Er oder sie müssen dafür nicht aktiv werden. Für sie gilt zunächst die Annahme, dass die

100.000 Euro-Grenze nicht überschritten wird. Bisher gezahlte Beträge können nicht zurück gefordert werden.

Nach bisherigen Schätzungen werden in etwa 90 Prozent aller Fälle Angehörige nicht an Pflegekosten beteiligt sein, wobei gut Verdienende in 1. Linie von dem Gesetz profitieren.

Was kann ich tun, wenn das Heimentgelt erhöht wird?

Wer zum Jahreswechsel Post erhalten hat oder in naher Zukunft erhält, die eine Erhöhung des Heimentgeltes zum Inhalt hat, sollte die Erhöhung auf der Grundlage des Wohn- und Betreuungsvertragsgesetzes (WBVG) prüfen oder mit Hilfe einer Pflegerechtsberatung einer Verbraucherzentrale prüfen lassen. Viele Pflegeheime sollen solche Nachrichten verschicken. Nach bisherigen Erkenntnissen sind die Erhöhungen erheblich, im Durchschnitt etwa 200 Euro monatlich, und betreffen ausschließlich den Eigenanteil des Heimbewohners. Prüfungen haben ergeben, dass die strengen Vorgaben des Gesetzes oft nicht erfüllt und deshalb Überprüfungen angebracht sind. Man kann sich dafür auch an eine kostenfreie Hotline unter der (0800 10037 11) der Pflegerechtsberatung wenden.

**Herbert Kranz, (ISOR),
Günter Seidel, (GRH) im Januar 2020**

*

Gute Ratschläge für Ostdeutsche? Mobilmachung für den Frieden!

Zum Jahreswechsel gab es viele kluge Ratschläge für „die Ostdeutschen“. Der Grundton: weniger jammern, mehr danken. Die „taz“ schoss mit einem Beitrag von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) den Vogel ab. Er rät zu mehr Selbstbewusstsein: „Mancher pflegt geradezu den eigenen Opferstatus, statt selbstbewusst darauf zu verweisen, den Menschen im Westen eine wertvolle Erfahrung vorauszuhaben: Die Anpassung an massive gesellschaftliche Umwälzungen“. Das nennt man ungeschminkt und frei heraus.

Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke) hingegen kritisierte die Ost-Politik der Bundesregierung. Sie behandle ihre „neuen“ Länder wie die „bucklige Verwandtschaft“. Auch positive Errungenschaften der DDR wie im Bildungs- und Gesundheitswesen müssten gewürdigt werden.

Von solcher Erinnerungskultur will der Ostbeauftragte der Bundesregierung Christian Hirte (CDU) nichts wissen. In einer Aufzählung, was Ostdeutschland in den kommenden Jahren schönes blüht, machte er konkret, was die ge-

sellschaftliche Umwälzung bedeutet: Kriegspolitik statt Bildung und Erziehung zum Nulltarif.

An künftigen Errungenschaften nannte er aus dem Steh das geplante Logistikregiment der Bundeswehr in Burg bei Magdeburg, die Agentur für Cyber-Sicherheit in der Region Halle-Leipzig, das geplante Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten in der Stadt Brandenburg und Institute des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt in Neustrelitz und Cottbus. Er vergaß zu erwähnen, dass Ostdeutschland auch bei der Kriegsvorbereitung gegen Russland eine Hauptrolle spielen darf; dass sich die Ostdeutschen glücklich schätzen dürfen, ihr Land rund um den 75. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg für „Defender 2020“, das größte NATO-Militärmanöver seit Ende des Kalten Krieges, zur Verfügung zu stellen. Mehr Unterwerfung geht nicht auf dem Territorium des Friedensstaates DDR.



Aber man soll nicht Überziehen. Dass Freundschaft und gute Nachbarschaft mit Russland ein Garant für den Frieden sind, gehörte in der DDR zum Einmaleins. Es ist wie vieles andere nicht vergessen. Also: Aufstehen gegen das NATO-Kriegsmanöver! Lasst es uns gemeinsam und selbstbewusst behindern und wenn möglich stoppen.

Wera Richter schrieb diesen Beitrag für die DKP-Wochenzeitung „Unsere Zeit“.

Wir drucken ihn mit ihrer freundlicher Genehmigung ab.

*

Brief vom Vernetzungstreffen am 26. Januar aus Leipzig

Die Kriegstreiber der Nato machen Deutschland zum Aufmarschgebiet gegen Russland für ihren fast Dritten Weltkrieg!

Wehrt euch gegen „Defender 2020“

Für April und Mai 2020 plant die US-Armee, unter Beteiligung von 16 NATO-Staaten sowie Finnland und Georgien mit insgesamt 37.000 Soldatinnen und Soldaten eines der größten Manöver von Landstreitkräften in Europa seit Ende des Kalten Krieges. Dafür werden 20.000 US-GIS mit schwerem Kriegsgerät über den Atlantik und anschließend quer durch Europa

möglichst nah an die russische Grenze transportiert. Ziel des Manövers ist die blitzschnelle Verlegung kampfstarker Großverbände aus den USA an die NATO-Ostflanke zu üben, obwohl es keine Anzeichen dafür gibt, dass Russland einen Angriff plant. Im Gegenteil: Die NATO hat viermal so viele Soldatinnen und Soldaten und gibt 15mal mehr für ihr Militär aus als Russland, das seine Rüstungsausgaben sogar noch senkt. Deutschland wird zur Drehscheibe der Truppenverlegungen dieses Kriegsmanövers und stellt mit 1750 Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten das zweitgrößte Truppenkontingent. Fast alle Bundesländer sind direkt betroffen. Während der Transporte sind schwere Einschränkungen des Straßen- und Schienenverkehrs zu erwarten. Die Kriegsübungen finden in mehreren Ländern statt. In den baltischen Ländern, Polen und Georgien enden sie am 22. Mai.

Die an der russischen Grenze stattfindenden Manöver bergen die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen militärischen Verbänden von NATO und Russland in sich.

**NEIN zu Kriegsmanövern!
STOPP DEFENDER 2020**

JA zu Frieden mit Russland, Entspannungspolitik und Abrüstung!

Der Zeitpunkt scheint nicht zufällig gewählt:

Am 25.4. wird der Tag der Begegnung mit dem Schwur an der Elbe und dem 8. Mai dem 75. Jahrestag der Befreiung Europas vom deutschen Faschismus gefeiert und demonstriert. Über 60 Millionen Menschen fielen diesem Krieg zum Opfer, davon allein in der Sowjetunion 27 Millionen.

Mit „Defender 2020“ senden die ehemaligen Verbündeten der Sowjetunion, die USA, Großbritannien und Frankreich, ein schamloses Signal an Russland und deutsches Militär marschiert wieder an die russische Grenze. Statt dieser Provokation sind Entspannungspolitik und freundschaftliche kooperative Beziehung mit Russland das Gebot der Stunde.

So wie es 1990 in der Charta von Paris von allen europäischen Staaten einschließlich Sowjetunion, USA und Kanada gemeinsam formuliert wurde: „Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir erklären, dass sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden.“

Oder wie es im Schwur an der Elbe heißt: „Die Menschen aller Nationen müssen Differenzen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen! Er ist ewige Mahnung an alle Nationen, für das gemeinsame Wohl der gesamten Menschheit zusammenzuarbeiten.“

Weitere Informationen erhalten sie gern in TORGAU, Schlossstraße 14-16 im KommTreff jeden Donnerstag von 14 bis 17 Uhr.

**Mit freundlichen Grüßen
Elke und Gerd Brucks**



In Westdeutschland ist das größte US-amerikanische Truppenkontingent in Europa stationiert und eine Macht-demonstration steht 2020 bevor.

Derzeit befinden sich 35.220 Soldaten, 440 Nationalgardisten sowie 11.096 Zivilangestellte der US-Armee in Deutschland, verteilt auf elf Haupt- und mehrere kleine Standorte, darunter Stützpunkte wie Ramstein, von denen weltweit die militärischen Einsätze der US-Armee gesteuert werden. Dies kostet den bundesdeutschen Steuerzahler jährlich ca. 59 Mio. Euro (2019). Weiterhin werden am Standort der Bundeswehr im Fliegerhorst Büchel 20 amerikanische Atombomber vom Typ B61-4 gelagert. Diese sollen im Jahr 2022 modernisiert und durch B61-12 ersetzt werden.

In wenigen Wochen (Kernzeit der Verlegung April bis Anfang Mai 2020) ziehen 35.000 Soldaten der US-Armee auf dem Weg nach Polen über Flughäfen (Bremen, Hamburg, Frankfurt/Main, Berlin) über Seehafen (Bremerhaven), Binnenhäfen (Bremen, Duisburg, Krefeld) und über Straßen erneut durch das Ruhrgebiet, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Hessen und Niedersachsen. Als „Raträume“ für die Straßentransporte sind u.a. militärische Liegenschaften in Burg, Lehnin, Oberlausitz, Garstedt, Stadthallendorf und Frankenberg (Sachsen) vorgesehen. Ein Großteil des Transports des Kriegsgerätes erfolgt zwar per Schiene und Flugzeug, aber rund 400 der 2000 Fahrzeuge werden in Konvois von etwa 20 Fahrzeugen über unsere Straßen rollen, um „... der deutschen Bevölkerung Sinn und Notwendigkeit des Truppenaufmarsches nahezubringen...“

Wir wollen, dass keine US-Truppen durch Deutschland „marschieren“ und schon gar nicht stationiert sind, wie lt. aktuellen Umfragen (2018) auch ca. 50 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung es will (nur 37% sind für eine weitere Stationierung). Um die politische Souveränität Deutschlands wiederherzustellen und Kampfhandlungen, die jährlich mehreren tausend Menschen das Leben kosten, ist eine Änderung der Gesetze, die nur wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verabschiedet wurden, notwendig:
Aufenthaltsvertrag; BGBl.1955II S.253
NATO-Truppenstatut; BGBl.1961II S.1190,
Zusatzabkommen; BGBl.1961II S.1183,1218,
BGBl. 1994 II S. 2594

Die friedensbewegten Bürger in Deutschland sind aufgerufen, mit verschiedenen Aktionen dagegen aufzutreten. Vereinigen wir dazu alle Bündnisse, Vereine und Bewegungen

um zu verhindern, dass Deutschland ein Aufmarschgebiet der US-Armee wird.

Im Netz findet ihr zahlreiche Initiativen wie:

„Stoppt Defender 2020“ die Linke im Bundestag

Netzwerk „Friedenskooperative“ Attac und Aufstehen-Bewegungen

Informations- und Vernetzungsverteiler über „gegendenneuenkaltenkrieg@risep.net“

Bernd Hartmann TIG Barnim

*

Aus der Postmappe

Jürgen Barz aus Wismar äußerte sich zu zwei aktuellen Ereignissen:

Trump gegen Iran

Ein schrecklich zynischer Sprachgebrauch, um die Tötung von Menschen zu verharmlosen.

Die Medien berichten, dass US-Präsident Trump veranlasst hat, einen Iranischen General

auszuschalten. (...)

Erschreckend ist es zu beobachten, dass es für diesen Präsidenten völlig ausreicht, einen anderen Menschen für einen Terroristen zu halten, Behauptungen auszusprechen und schon ist er tot.

Wer wird der nächste sein.

Das erinnert sehr an den Spruch von Bernhard Heinrich Martin Karl von Bülow als er am 11.12.1899 auf seiner Reichstagsrede sagte: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein“.

Nun ist bekannt, dass ein Schurke seinen Gegner gerne als noch größeren Schurken bezeichnet, um von seinen eigenen Schurkereien abzulenken.

Wie verhält es sich aber nun mit dem Ausschalten des General Soleimani?

Hier erfolget laut Berichterstattung ein Angriff auf eine Person mit vorsätzlicher Tötungsabsicht. Der Einsatz einer bewaffneten Drohne weist zudem noch auf Heimtücke, Grausamkeit und gemeingefährliche Mittel hin.

Des Weiteren ist es technisch nicht möglich, ohne Hilfe von Europa aus eine Drohne aus den USA zu steuern.

Damit nicht genug, wird dieser tödliche Angriff auch noch als Akt der Selbstverteidigung präsentiert.

Zwischenruf

Im Januar vor 30 Jahren ward der spontane Sturm auf den Verpflegungsraum der „Stasi-Zentrale“ in Berlin inszeniert

Die diesjährigen Jubiläumsbegeher (m/w/d) trugen große Fragezeichen in ihren Blicken, denn es dröhnte die Frage „Wo ist meine Akte?“ aus dem Umfeld von Wolkenschönhausen. Nach drei Jahrzehnten Nichtauffindbarkeit klingt sie schon verzweifelt. Und vielleicht gab es gar keine über die nun Enttäuschten?

Anfangs wollt ich fast verzagen,
und ich glaubt, ich trüg es nie;
Und ich hab es doch getragen –
Aber fragt mich nur nicht, wie?

Heinrich Heine: Junge Leiden

Aber

Auch das noch

Hier spricht die Gegenwart und „Wo ist meine Akte“ ist keine Frage mehr, denn die Akte ist immer und überall. Fast jeder Bundesbürger zwischen 8 und 80 führt sie freiwillig selbst und trägt am liebsten täglich in sie ein:

Wo war, bin ich, werde ich sein?
Mit wem spreche, schreibe, treffe ich mich wann und wie lange, gerne auch worum geht's dabei?

Welche An- und Absichten, Einstellungen trage ich in mir herum?

Antworten darauf bitte in „Facebook“; „was ist los mit mir, was mache ich gerade“, das gehört in WhatsApp; oder in ein anderes „soziales (!) Medium“ Der Aktendeckel heißt z.B. Personal Computer, Handy oder Smart Phone. Für die Aktenführung und damit eigene Überwachung sind Gebühren fällig.

Reiche Ernte für Geheimdienste. In deren Interesse, auch das sei noch gesagt, wird um aktuelle, lückenlose Führung ersucht.

w.k.

In Deutschland hätte das wohl nicht passieren dürfen, denn genau diese Handlungen werden in unserem Strafgesetzbuch, §211 StGB, als Mord klassifiziert. Bezuglich der Drohne bleibt dann noch die Frage offen, wer hat hier Beihilfe zum Mord geleistet?

(...)

Angesichts dieser Ungeheuerlichkeit fällt der deutsche und internationale Protest sehr devot aus.

Diese Entwicklung führt bei mir zu großer Besorgnis für eine friedliche Zukunft.

*

Erfüllter Weihnachtswunsch

Ein guter Bekannter, der seine Jugendweihe noch in der DDR empfangen durfte, schrieb mir im Dezember einen Weihnachtsgruß. Mit Besorgnis schrieb er zugleich über die Einlassung von Roland Jahn, dessen Hirn am 25.12.2019 die Idee entsprang, die Doktortitel von Angehörigen des MfS als „Stasi-Doktortitel“ zu kennzeichnen.

Das wollte er gerne von mir kommentiert haben. Darauf teilte ich ihm meine Gedanken mit:

Na ja, das mit Roland Jahn ist ebenso eine traurige Geschichte, wie er selbst eine traurige Figur der Geschichte ist. Das bundesdeutsche Großprojekt, „Massen-Denunziation der DDR-Bürger“, das man glaubt mit „Behörde“ tarnen zu können, dient leider sehr erfolgreich der Verdummung.

Pastor Gauck war übrigens der erste und sehr willfährige Besorger dieser Behörde. Voraussetzung hierfür war nicht größtmöglicher Verstand oder Verantwortungsbewusstsein, sondern ausgeprägter Hass. Als Sohn eines hohen Offiziers der faschistischen Marine und erzogen durch einen Onkel der gleichen Gesinnung, füllte er dieses Persönlichkeitsprofil ausgezeichnet. Ein hasserfülltes Gehirn blockiert bekanntlich sachbezogene Denkprozesse. Und wenn du die Arbeitsweise amerikanischer und westeuropäischer Thinktanks kennst, weißt du auch, dass sachbezogenes und analytisches Denken enorme Störfaktoren bei der massenhaften Manipulation menschlicher Gehirne sind.

Solche Leute wie Jahn und andere halte ich für nützliche Individuen, die oft ohne es selbst zu bemerken, für die Ziele dieser Thinktanks vereinnahmt werden. Vermutlich ist Roland Jahn aber auch ein bedingungsloser Diener dieses Systems und als Journalist besonders an die systemtreue Darstellung von Sachverhalten gewöhnt. Ich denke, er glaubt daran, dass sein Handeln etwas mit Pressefreiheit zu tun hat und da hat er auch meinen Beistand. Wenn er beispielsweise über einen Bootsunfall auf dem Müggelsee berichten müsste, traue ich ihm schon eine sachbezogene Berichterstattung zu.

Muss er aber über systemrelevante Sachverhalte berichten, sind solche Irritationen nicht vermeidbar. Hier ist die Presse frei, aber leider nur von Sachlichkeit und Wahrheit.

Hinzu kommt, dass Roland Jahn vermutlich ein enormes Eigeninteresse an der Erhaltung seiner sehr gut dotierten Planstelle hat. Seine Argumentation möchte ich aus juristischer Sicht gar nicht erst bewerten. Erstens ist Jahn kein Jurist und zweitens wäre es wie „Perlen vor die Säue werfen“, sollte ich dem von ihm geäußerten Schwachsinn auch nur einen juristischen Gedanken opfern wollen.

Aber zum Verständnis doch noch zwei Gedanken. Sowohl die Exekutive als auch die Judikative der Bundesrepublik kennt den international anerkannten Rechtsgrundsatz des Rückwirkungsverbots. Vereinfacht gesagt bedeutet das, dass kein Mensch nach einem Gesetz verurteilt werden darf, das zum Zeitpunkt der Handlung nicht rechtwirksam war. Nach der Zerschlagung des 3. Reiches wurde dieser Grundsatz konsequent verwirklicht und viele Richter, Politiker, Beamte und Verwaltungsangestellte wurden Bestandteil der Verwaltung der neuen BRD. Grundlage ist das Gebot des Vertrauens in den Rechtsstaat. Bis dahin wird auch Herr Jahn zustimmen. Dagegen zu verstößen ist in der BRD verfassungswidrig. Richtiger gesagt, es ist ein Verstoß gegen das Grundgesetz, denn eine Verfassung haben wir ja nicht.

Völlig anders verhält es sich dennoch mit dem Vertrauen in den Rechtsstaat und dem Rückwirkungsverbot, wenn es sich um Politiker und Mitarbeiter des Staatsapparates der DDR handelt, inklusive aller Mitarbeiter der Schutz- und Sicherheitsorgane.

So verurteilte man beispielsweise DDR-Politiker nach bundesdeutschem Recht und war sich auch nicht zu schade, Rechtskonstruktionen zu basteln, die bereits ein Jurastudent im ersten Semester als Rechtsbeugung erkennen würde, wenn man ihn gelassen hätte. Soviel zur sogenannten Rechtsstaatlichkeit.

Für noch schwachsinniger halte ich Roland Jahns Idee mit der Kennzeichnung des Doktortitels als Dr. Mfs.

(...)

Es gäbe aber noch viele andere Möglichkeiten. Vielleicht sollten alle Andersdenkende durch äußere Symbole sichtbar gemacht werden. Ich frage mich oft, ob solche Geistesblitze vielleicht auch pathologisch bedingt sein können.

Wenn man sich nun mit den neuen Polizeigesetzen beschäftigt und einem dann Fragmente der Vorbeugehaft oder Schutzhaf der NS-Zeit über den Weg laufen, könnte man schon eine von den Menschen unerwünschte gesellschaftliche Entwicklung befürchten.

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Ich wünschte mir Millionen von Schelmen.

*

Gordischer Knoten in deutscher Politik

Als Alexander der Große den verbindenden Knoten zwischen Joch und Deichsel am Wagen des Königs Gordios zerschlug, geriet dessen griechisches Reich ins Trudeln und Alexander eroberte ganz Kleinasien. Gegenwärtig scheint der Gordische Knoten in der deutschen Politik großen Risiken ausgesetzt. Nachdem die amerikanischen Verbündeten Kassem Soleimani, populärer Kommandeur der iranischen Revolutionsgarden, im Nachbarland Irak durch einen Drohnenangriff ermordet hatten und die Kriegsgefahr in der missbrauchten Region erneut akut wurde, schien deutsche Politik zu reagieren. Übrigens gilt die US Air Base Ramstein als Zentrum der „Planung, Überwachung und Auswertung von zugewiesenen Luftoperationen“ der US-Streitkräfte. Wurde die Bundesrepublik damit zur Logistikstation der mordenden Drohne? Da der US-Präsident den Mord an Soleimani mit einer offensichtlichen Lüge begründet hatte, schien es der Bundeskanzlerin angezeigt, die Lage im Nahen Osten mit dem russischen Präsidenten beim Treffen in Moskau zu erörtern, da die Russen in dieser Region offensichtlich mehr Realvermögen in der Politik zeigen, als unser verbündeter Weltgendarm aus Übersee. Putins Unterstützung der Berliner Konferenz, die einen Schritt der Deeskalation ermöglichen soll, befördert Merkels läbliche Absicht. Andererseits plant man unter maßgeblicher Beteiligung der Bundesrepublik mit der Aktion „Defender 2020“ die größte US/Nato-Kriegsübung, von Januar bis Mai dieses Jahres. Zehntausende Nato-Soldaten sollen an Russlands Grenzen gebracht werden, nur 160 Kilometer von St. Petersburg entfernt! 300 Panzergrenadiere aus Marienberg/Sachsen sind in Litauen dabei. Der Verband übernimmt gar die Leitung des multinationalen Gefechtsverbandes an der Nato-Ostflanke. Ihr Marienberger Kommandeur begründet den Einsatz mit „einer potenziellen Bedrohung durch Russland“, fürchtet „Expansionsvorhaben Russlands“. Gut gelernt! Wer bedroht wen? Die USA unterhalten mehr als 700 Militärstützpunkte rund um den Globus. 37.000 Soldaten bewegen sich durch Deutschland auf unsere Kosten und zu Lasten unserer Umwelt in diesem Frühjahr in Richtung russische Grenze. Diese Tatsachen sprechen für sich. In der griechischen Sage ging ein Weltreich verloren, als der verbindende Knoten zerschlagen war. Man möge diesen Vorgang in der Politik nicht vergessen.

Norbert Staffa, Großolbersdorf

*

Meine Sicht auf die deutsche Rentenpolitik

Schon am Anfang kann man sagen: Den Armen wird genommen, den Reichen wird gegeben. Bei einer angenommenen Bruttorente von 1500 Euro zahlt der Rentner 430 Euro Steuern im Jahr. Selbst bei einer Rente von 1200 Euro hält das Finanzamt noch die Hand auf. Armut und sozialer Abstieg im Alter sind hier schon heute programmiert und offensichtlich von der Politik gewollt. Das Ende der Fahnenstange ist aber noch lange nicht erreicht. Wenn es bei dieser Steuerpolitik bleibt, davon gehe ich aus, werden die Renten bis 2040 schrittweise komplett versteuert. Schon heute zahlen Rentner, die 2019 in Rente gegangen sind das fünffache an Steuern wie ein Rentner des Jahres 2010. Durch diese Rentenpolitik der Bundesregierung verliert die Nettorente immer mehr an Kaufkraft. Und alles bei steigenden Verbraucherpreisen.

Immer öfter kann man alte Menschen sehen, die mit Rollis bewaffnet, nach abgelegten Pfandflaschen suchen. Das machen sie wahrlich nicht aus Langeweile. Sie brauchen die paar Cent, um den Monat zu überleben. In einem reichen Land wie Deutschland ist das zwar nicht hinnehmbar, aber inzwischen normal. Aber wen wundert's?

Rentner in Deutschland zahlen zurzeit etwa 35 Milliarden Euro an Einkommenssteuer im Jahr. Die Erbschaftssteuer liegt im gleichen Zeitraum bei etwa 6 Milliarden Euro.

Beamte, Abgeordnete und Minister zahlen in die Rentenkasse gar nichts ein. Mitglieder der Bundesregierung haben nach zwei Jahren Dienstzeit zurzeit einen Pensionsanspruch 4000 Euro. In die Rentenkasse haben sie nichts eingezahlt.

Ein Durchschnittsverdiener in Deutschland muss 30 Jahre arbeiten und in die Rentenkasse einzahlen um in den „Genuss“ der Grundsicherung zu kommen.

Danke an die soziale Marktwirtschaft. Was hier abläuft, ist Gerechtigkeit von oben. Das muss sich ändern.

Alle, die fleißig im Bundestag bei Erhöhung der Diäten die Hand heben, oder sonstige Vergünstigungen genießen, möchten doch bitte einmal darüber nachdenken, woher das Geld kommt, das sie sich gerade zugestehen.

Es wurde von den Menschen erarbeitet, die heute kaum mit dem Wenigen auskommen können. Ein Rentner will kein Mitleid, dafür ist er zu Recht zu stolz. Aber eine Anerkennung seiner Lebensleistung sollte auch im Kapitalismus nicht nur möglich, sondern Staatsräson sein.

**Wilfried Steinfath, TIG Berlin
Weissensee/Hohenschönhausen**

*

Gunther Rennwanz aus Trossenhausen schreibt zu aktuellen Fragen:

Heute am Neujahrstag wollte ich meine alten Zeitungen in der blauen Tonne entsorgen und mir fällt der „Vier Tore Blitz“ vom 22. 12. 2019 auf, den ich noch nicht gelesen hatte. Weil mir immer sehr gefällt, dass Leserbriefe freimütig veröffentlicht werden, nehme ich mir die Ausgabe deshalb vor und mir springen auf der ersten Seite die Wünsche der Redaktion an uns Leser für ein frohes und besinnliches Weihnachten ins Auge. Gleich daneben finde ich den Artikel mit Foto zur Teilnahme von 16 hiesigen deutschen Soldaten im Rahmen eines als Friedensmission benannten Einsatzes in Mali. Beim Lesen erinnere ich mich, dass „Verteidigungsministerin“ Frau Kramp-Karrenbauer jüngst für ein robusteres Einsatzmandat der Bundeswehr in Afrika plädierte.

Weihnachtswünsche - Friedensmission - robusteres Mandat, passt das zusammen, frage ich mich? Was machen unsere Jungs dort? Lassen sich Ursachen für den dortigen Einsatz nicht anders besser bekämpfen oder gar beseitigen? Wenn von den 16 Soldaten nicht alle lebendig nach Hause kommen, wird es heißen, dass sie einer guten Sache dienten. Hieß es das nicht immer?

Wie zum Hohn finde ich auf der drittletzten Seite eine Anzeige „Dem Frieden eine Chance“ mit dem Hinweis auf eine Friedensaktion am 11. 4. 2020 um 11:45 Uhr am Bahnhof.

Der Inhalt spricht mich an, weil er eine Lebenserfahrung meines Vaters widerspiegelt, der als Freiwilliger der Wehrmacht in den Krieg zog, mehrfach verletzt wurde. Seine Erkenntnis aus dem Krieg lautete: „Lieber trocken Brot fressen, als sich noch einmal mit vermeidlich guten Motiven in den Krieg locken zu lassen“. Das habe ich wohl tausend Mal von ihm mahnend vernommen.

Welch mahnende Worte vernehmen die 16 Soldaten, die u.U. in einen robusteren Einsatz ziehen müssen von ihren Vorgesetzten, aus unseren Medien um abzuwagen, ob ihr Tun richtig ist?

Was hätte dagegen gesprochen, dass die Friedensanzeige zum Weihnachtsfest, das vielen oder den Meisten auch als Fest des Friedens gilt, auf der ersten Seite zu lesen gewesen wäre? Wohl nichts, oder?

*

War die Tötung von Soleimani nicht eine Ermordung? Mein Rechtsempfinden sagt: ja, denn es ist kein gerichtliches Todesurteil vollstreckt worden.

Ist die Handlung durch das Völkerrecht gedeckt? Wohl nicht, auch wenn man, wie vielfach in ähnlichen Fällen von der US-Administration argumentiert, sich auf das Selbst-

verteidigungsrecht beruft. Die Berufung auf das Selbstverteidigungsrecht läuft letztlich auf eine Beugung des Völkerrechts hinaus und kann deshalb nicht rechtens sein. Das Völkerrecht geht vom Gewaltverbot aus und erlaubt Gewalt nur durch Beschluss des Sicherheitsrates. Dieser lag nicht vor.

Die aktuelle Begründung der Ermordung, dass Mr. Trump Informationen vorlägen, wonach Soleimani weitere Terrortaten geplant habe, die Amerikanern vielfach Tod bringen würden, erinnern mich u.a. an behauptete Angriffe Vietnams 1964 gegen die US-Marine im Golf von Tonking, was zum langjährigen Vietnamkrieg mit Millionen Toten führte oder auch an die angeblichen Chemiewaffen Iraks, die 2003 zum erneuten Irak-Krieg unter Bruch des Völkerrechts führten, denn diese sind trotz US-Invasion und –okkupation nie gefunden worden, führten aber infolge des Einsatzes von Uranwaffen zu hunderttausenden Toten im Irak.

(...)

Sehr bezeichnend finde ich die Reaktion des US-Präsidenten auf den Beschluss des Parlaments Iraks zum Abzug auch der US-Truppen, daraufhin den Irak mit Sanktionen „wie nie zuvor“ zu überziehen. Deutlicher ist nicht erkennbar, dass der Irak tatsächlich okkupiert ist. Und was sagt unsere Regierung dazu? Was sagt das über unsere viel apostrophierten Werte aus? Warum diese vasallenhafte Haltung unserer Regierung? Hat das etwas mit der Souveränität unseres Landes zu tun, mit dem Vertreten der Friedensinteressen von uns Bürgern?

Wenn es unsere Regierung schon nicht richtet, ist meines Erachtens das Handeln von uns Bürgern gefordert. Die Möglichkeit dazu haben alle Friedeliebenden durch eigene Friedensaktivitäten, etwa durch Teilnahme am Friedensmarsch am 11. 4. 2020 um 11:45 Uhr am Neubrandenburger Bahnhof.

*

Zur würdigen Vorbereitung des 75. Jahrestages des Sieges über das faschistische Deutschland hat ISOR e.V. eine Veranstaltung mit Egon Krenz als Gast vorbereitet. Er wird zum Thema „Wir und die Russen“ sprechen. Die Veranstaltung findet am Dienstag, den 25. Februar, um 16:30 Uhr im Münzenbergsaal des ND Gebäudes, in Berlin, Franz-Mehring-Platz 1 statt.

*

Am Folgetag, den 26. Februar, wird um 15:00 Uhr eine weitere Veranstaltung mit Egon Krenz im Nachbarschaftshaus in Berlin-Hohenschönhausen Ribnitzer Str. 1 (Ostseeviertel) stattfinden.

Lothar Schlüter

Lesenswert

Hans Becker

DER SONDERERMITTLER

Als Kriminalist im Dienste des MfS
eb edition berolina ISBN 978-3-95841-113-8;
Preis 20 Euro

Hans Becker treibt nicht die Fantasie eines Schriftstellers, um seine Leser zu fesseln. Er ist der nüchterne Kriminalist. Er berichtet aus dem Leben, ohne Besserwisserei, ohne zu moralisieren, dem Leben zugewandt. Er rückt das normale Menschsein in den Mittelpunkt, das Handeln von Tätern und stellt resümierend fest, „dass ein Mensch nicht wie der andere wäre und gleich gar kein besserer Mensch dadurch sei, dass er Mitarbeiter des MfS, der NVA oder Parteifunktionär wäre, sondern dass er auch mit einem Dienstausweis in der Tasche oder nach vielen Verdiensten im beruflichen Leben in einer schwierigen Konfliktsituation manchmal nicht so handeln würde, wie man es von ihm erwartete, sondern wie jeder andere Mensch voller Nöte und Ängste“ (S. 98).

Als Ermittler seit 1967 in der HA IX/7 tätig und damit als „Sonderermittler“ gemeinsam mit anderen Genossinnen und Genossen und mit den Kriminalisten der Morduntersuchungskommissionen der Volkspolizei in der Republik untersuchte er schwere Straftaten und Unglücke. Er berichtet sachlich vom Geschehen, erhellt die Herangehensweise der beteiligten Kriminalisten an die Aufklärung, schildert die Erfolge und benennt die Niederlagen. Eine aufreibende Zeit, an die sich so mancher erinnert, mit der Untersuchung von Morden in und um Eberswalde, Diebstählen in Museen, Einbrüchen, Katastrophen wie in Langenweddingen, Unfälle in der DDR, unter anderem eine Kollision eines Fahrzeugs der NVA mit der Militärverbindungsmission Frankreichs in einem Sperrgebiet, Tötungsdelikten unter Beteiligung sowjetischen

Soldaten, Transitleichen, Selbstmorden. Das tut er als Kriminalist, an den Tathergang gebunden, an Tatmotive und Bedingungen, der Wahrheit verpflichtet. Im Gegensatz zu so manchem Elaborat, das in die Öffentlichkeit per Bild, Ton und Schrift gelangte. Sein Credo

ist, als einer der letzten lebenden an diesen Untersuchungen Beteiligten vom wirklichen Geschehen zu berichten. Er ist Kriminalist der DDR, Offizier im MfS und schreibt als solcher. Ihm dafür unser Dank.

Klaus-Dieter Jäschke

Verwertung/Archivierung von Erinnerungsgut verschiedenster Art

Aufgrund der sich generationsbedingt mehrenden Nachlässe (GRH, ISOR, OKV, u. a.) ergibt sich das Erfordernis Möglichkeiten zu finden oder zu schaffen, dieses Material aufzubewahren, für objektiven Forschungszwecken zugänglich zu machen, aus historischer Sicht aufzuarbeiten und späteren Generationen zu erhalten. Hierbei geht es insbesondere um Erinnerungsgut der bewaffneten Organe der DDR.

Es besteht die Möglichkeit das im persönlichen Besitz befindliche und aufbewahrungswürdige Erinnerungsgut dem im Aufbau befindlichen Archiv des

„Verein zur Erinnerung und Bewahrung von Zeitgeschichte e.V.“

zuzuführen.

Das kann betreffen:

- Bücher aller Verlage der DDR
- politische Nachwendepublikationen
- Dokumente/Gegenstände aus persönlichem Besitz
- Nachlässe aus der Gründergeneration der DDR
- tätigkeitsbezogene Dokumente
- Fotos, Fotoalben (auch zum Kopieren)
- Orden, Ehrenzeichen, Abzeichen
- Zeitungen, Zeitschriften
- Manöverausweise
- persönliche Unterlagen und Gegenstände

Dinge, die nicht weggegeben werden sollen, können auch zum Kopieren zeitbegrenzt überlassen werden.

Ansprechpartner: Wolfgang Schörnig, Tel.: 030/56 477 87 oder
Reiner Neubert, Tel.: 0176/31 61 41 94

Zur dauerhaften Aufbewahrung kann auch Erinnerungsgut zu nichtmilitärischen Unterlagen an das Bundesarchiv übergeben werden.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 29.01.2020

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 26.02.2020

Einstellung im Internet: 06.03.2020

Auslieferung: 11.03.2020

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck – Tel.: (030) 29784317

Rechtsfragen Peter Ott (Di. u. Do.) – Tel.: (030) 29784315

– Fax: (030) 29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16